



Chur, 14. September 2016

OLYMPIA-DOSSIER: FRAGEN ÜBER FRAGEN

Die SP Graubünden nimmt das Angebot der Regierung, über die Olympia-Pläne der Wirtschaftsverbände zu diskutieren, an. Bisher stellen sich aber Fragen über Fragen: Planänderungen, wechselnde Spielregeln, unklare Finanzierung, noch unklares Konzept, unklare Partnerschaft, Korruptionsvorwürfe ans IOC und Verbandsfunktionäre, die keine klare Aussage machen, welche Kosten sie eigentlich tragen wollen.

Wie die Regierung gestern kommunizierte, möchte sie mit allen Parteien Gespräche über die Olympia-Kandidatur der Wirtschaftsverbände führen. Die SP Graubünden ist bereit, sich mit der Regierung und den Wirtschaftsverbänden an einen Tisch zu setzen. Für die SP Graubünden stellen sich jedoch zahlreiche Fragen.

1. Zuerst ist die Frage nach der Integrität des IOC als künftiger Vertragspartner offen. Beim IOC selbst sind nach wie vor die gleichen Männer an der Spitze und die Strukturen sind mit marginalen Anpassungen unverändert geblieben. Die Verhaftung eines Spitzenfunktionärs (Korruptionsvorwürfe, Schwarzhandel mit Tickets) des IOC während der Spiele in Rio trägt nicht zur Vertrauensbildung bei. Die SP Graubünden erwartet hier von der Regierung klare Aussagen.
2. Die Wirtschaftsverbände hatten angekündigt, das Olympia Dossier an die Hand zu nehmen und Verantwortung zu übernehmen. Weshalb nun bereits Steuergelder zur Finanzierung der Ausarbeitung eines Kandidaturdossiers eingesetzt werden sollen, ist für die SP unklar. Letztlich traten die Verbandsfunktionäre sehr selbstbewusst auf und kokettierten damit, dass am Scheitern der Olympiavorlage 2013 hauptsächlich die Politik schuld war. Das kann man so sehen. Wenn nun aber die Risiken bereits beim Bewerbungsprozess auf den Steuerzahler abgewälzt werden sollen, ist das inkonsequent. Die SP Graubünden erwartet Auskunft zur Frage, weshalb bereits in dieser Phase Steuergelder angezapft werden sollen. Zudem will die SP wissen, welchen Betrag die Verbände selber beisteuern werden.
3. Das bisherige Management des Kandidaturdossiers durch die Wirtschaftsverbände wirft zahlreiche Fragen auf. Das Konzept wurde verspätet eingereicht, ist bis heute nicht öffentlich einsehbar, während des Verfahrens ändern sich plötzlich die Spielregeln und die Stadt Zürich wollte sich nicht als aktive Partnerin engagieren. Zusammenfassend: Es resultiert Unklarheit. Das nährt den Verdacht der Unprofessionalität. Die Regierung muss aufzuzeigen, wie sie ein professionelles Management der Kandidatur seitens der Wirtschaftsverbände sichergestellt.
4. Dutzende Untersuchungen haben gezeigt, dass Olympische Spiele keinen langfristigen positiven Wirtschaftsimpuls auslösen. Ganz im Gegenteil, diverse Durchführungen



haben zu Milliardendefiziten und Verschuldungen der Host-Citys geführt. Es ist unklar, warum Olympische Spiele in der Schweiz ganz anders funktionieren und einen positiven Effekt haben sollten.

Das sind nur einige von vielen offenen Fragen. Unklar bleibt unter anderem, wo die Host-City sein soll, welche Austragungsorte vorgesehen sind, welche realistischen Partner es gibt und wie sich diese finanziell und organisatorisch beteiligen. Insbesondere appelliert die SP an die Eigenverantwortung der Wirtschaftsverbände, welche das Olympia-Dossier eröffneten und jetzt zeigen sollen, dass es ihnen ernst ist. Dieser Eindruck fehlt bislang.

Weitere Auskünfte:

- Philipp Wilhelm, Präsident SP Graubünden
079 318 77 38